Posener Zeitung.

№ 300. Sonnabend den 23. December. 1848.

Inland.

Berlin, den 22. Dec. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Den bisherigen Professor des Klerikal-Seminars in Posen, Dr. Franz Bittner, zum ordentlichen Professor in der theologischen Fakultät des Lycei Mosiani zu Braunsberg zu ernennen.

Berlin, den 21. Dez. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: dem Obersten Engels, zweiten Kommandanten von Köln, den Rothen Adler-orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; sowie dem Schmiede-Gesellen Jürgen Jürgensen in Stettin die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

— Der Königl. hannoversche außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am hiesigen Hofe, Graf zu Inn- und Knyphausen, ist von Hannover hier angekommen.

Berlin, den 19. Dezember. Die Immediat-Eingabe der Mitglieder des Oberlandesgerichts zu Bromberg, in welcher dieselben Se. Majestät den König bitten, sie vor dem Eintreten des Präsidenten Gierke in ihr Kollegium zu bewahren, event. die Einleitung der Untersuchung wider denselben zu veranlassen, lautet wie folgt:

Allerdurchlauchtigster,
Großmächtigster König und Herr!

Der von Ew. Majestät zum Präsidenten des hiesigen Ober-Landesgerichts ernannte vormalige Minister Gierke hat sich als Abgeordneter der preußischen National-Versammlung denjenigen Mitgliedern dieser Versammlung beigesellt, welche trotz der von Ew. Majestät ausgesprochenen Verlegung und Vertagung in Berlin verblieben sind und fortgefahren haben, dort Beschlüsse zu fassen. Unter diesen Beschlüssen ist der der Steuerverweigerung von der Art, daß er nach der Meinung derer, die es mit dem Vaterlande wohl meinen, als offene Auflehnung wider die Gesetze und wider Ew. Majestät gilt, zumal derselbe in der zu Tage liegenden Absicht der Aufwiegelung verbreitet worden ist, und an manchen Orten zu verderblichen Aufständen geführt hat. Jene Meinung über den Beschluß der Steuerverweigerung ist insbesondere auch in einer Ew. Majestät durch den hiesigen Patrioten-Verein überreichten ehrfurchtsvollen Adresse ausgesprochen worden.

Der Präsident Gierke hat sich, wie anzunehmen ist, da er nicht wie Andere durch öffentliche Erklärungen sich dagegen verwahrt hat, und da auch eine von uns deshalb an ihn gerichtete Anfrage unbeantwortet geblieben ist, an jenem Beschlusse betheiligt. Daß er nach diesem Verhalten ohne verderbliche Gefährdung des richterlichen Ansehens und der Ehre preußischer Beamten nicht als Präsident eines Obergerichts vor ein Publikum hintreten und in einem Kollegium präsidiren kann, die ihn des Hochverraths schuldig achten, liegt am Tage. Wir unsererseits würden freilich nur im äußersten Falle als Denunzianten gegen ihn auftreten und darum wenden wir uns in der Bedrängniß unserer Lage nicht an die zur Ahndung des Verbrechens kompetente Behörde, sondern mit ehrfurchtsvollem Vertrauen an Ew. Majestät.

Wir bitten unterthänigst:

uns durch irgend eine Maßregel von der Schmach zu befreien, die uns durch den Eintritt jenes Mannes droht.

Wenn wir hierbei langjährige treue Dienste und unbefleckte Ehre zu unseren Gunsten geltend machen, so geschieht dies, wie wir ehrfurchtsvoll aber bestimmt versichern, nur eben um eine tiefe Kränkung von uns abzuwenden, nicht um irgend einen andern Vortheil zu erlangen. Nur von dem wirklichen Eintreten des Präsidenten Gierke in unser Kollegium bitten wir uns huldvoll zu bewahren. Sollte dies aber anders nicht ausführbar sein, so müßten wir, obwohl von unserem Standpunkte aus höchst ungern, Ew. Majestät unterhänigst bitten,

durch die betreffende Behörde die Einleitung der Untersuchung wider den Präsidenten Gierke zu veranlassen, damit dem Gesetze Geltung verschafft und allenfalls dem Beschuldigten Gelegenheit gegeben werde, sich von dem schweren Vorwurfe zu reinigen.

Bromberg, den 6. Dezember 1848.

Ew. Königl. Majestät treu gehorsamste.
(Unterschriften.)

— Nachdem der Geh. Ober-Tribunalsrath Waldeck dem von seinen Senats-Collegen ausgesprochenen Wunsche, sich bis auf Weiteres von den Sitzungen des Geh Ober-Tribunal fern zu halten, keine Folge geleistet hat, und demnächst von sämmtlichen Mitgliedern des Geheimen Ober-Tribunals abermals in diesem Sinne ein Schreiben an ihn gerichtet worden ist, hat sich derselbe wider alles Erwarten gleich am folgenden Tage dennoch in einer Sitzung des Gerichtshofes eingefunden und seinen gewöhnlichen Platz dort eingenommen. Man ist gespannt darauf, was die Herren Geh. Ober-Tribunals-Räthe nun beginnen werden.

Berlin, den 20. Dezbr. Nachdem durch die Verfassungs-Urkunde vom 5. d. M. Art. 17—23 die Grundlagen für die weitere Entwickelung des Unterrichtswesen im preußischen Staat geschaffen worden sind, ist es erforderlich, für die demnächst zusammentretenden Kammern ein alle Zweige des Unterrichtswesens umfassendes Gesetz vorzubereiten.

Es ist seit längerer Zeit schon Fürsorge getroffen worden, das Material für dieses neue Unterrichtsgesetz, so weit möglich, aus der praktischen Erfahrung der in den verschiedenen Zweigen des Unterrichtswesens beschäftigten Männer hervorgehen zu lassen. Nachdem in dieser Beziehung wegen Berathung von Elementar-, Gymnasial-, Realschul- und Universitäts-Lehrern bereits Bestimmungen getroffen worden, konnte eine Berathung über die künftige Gestaltung der Schullehrerbildung nicht wohl veranlaßt werden, bis das aus den Konferenzen der Elementarlehrer über die Einrichtung des Volksschulwesens hervorgegangene Material geordnet und durch die Verfassungs-Urkunde selbst die Grundzüge des Volksschulwesens festgestellt waren.

Nunmehr ist durch Anordnung des Staats-Ministers von Ladenberg auf den 15. Januar k. J. eine Anzahl von Seminar-Direktoren und Seminar-Lehrern aus sämmtlichen Provinzen zu den diesfälligen Berathungen nach Berlin zusammenberufen worden.

Wenn die Zeit es nicht mehr gestattete, die Mitglieder der Konferenz aus der Wahl der einzelnen Lehrer-Kollegien hervorgehen zu lassen, so ist die Auswahl so getroffen worden, daß diedie Gegenstände der Berathung angehenden verschiedensten Richtungen und Verhältnisse, in konfessioneller und technischer Beziehung, so wie in der Auffassung des Seminarwesens überhaupt, ihre ausreichende Vertretung finden werden. Außerdem ist es sämmtlichen Seminarien freigestellt, sich wegen Geltendmachung besonderer Wünsche und Erfahrungen entweder mit Mitgliedern der Konferenz aus ihrer Provinz in Verbindung zu setzen oder dieselben schriftlich hierher einzureichen, damit dieselben bei den Berathungen in die gebührende Berücksichtigung gezogen werden können. (St.-A.)

— Von den Erdarbeiten der Ostbahn sind bereits 7½ Meilen vollständig fertig und zwar von dem Schnittpunkte der Stargard-Posener Bahn bei Drage-Lukatz, bis Schneidemühl. Im nächsten Jahre wird vorzüglich im Wirsitzer und Bromberger Kreise gearbeitet werden, daher die aufsehende Kommission ihren Sitz von Schönlanke (Czarnikauer Kreises) nach Bromberg verlegen wrd. — Die Ausbeute der Braunkohlengruben im Ober-Barnimschen Kreise, bei Wrietzen und Freienwalde, wird bereits so reichlich auch von Brennereien benutzt, daß man dort schon ein Herabgehen der Brennholzpreise wahrnimmt. Noch viel günstigern Resultate für die Wirthschaften würden daraus hervorgehen, wenn man sich rascher der Gewöhnung an die theuren und unbequemen Kachelöfen entschlüge und dafür zu den so sehr verbesserten eisernen Braunkohlenöfen griffe, welche man Sommers an die Seite stellt.

Berlin, den 21. Dec. Das Gesetz über die bürgerliche Ehe und über die Beurkundung des Personenstandes, dessen baldigste Publikation von mehreren Zeitungen bereits mit Sicherheit angekündigt worden ist, wird nach glaubwürdigen Mittheilungen wohl sobald noch nicht erscheinen, da die Regierung bei den wichtigen Folgen, welche für die persönlichen Rechte der Staatsbürger aus diesem Gesetze entspringen, es dem Vernehmen nach für nothwendig anerkannt hat, daß dasselbe zuvörderst den Kammern zur Beschlußnahme vorgelegt werde. Bis dahin, daß auf diesem verfassungsmäßigen Wege ein Anderes bestimmt sein wird, soll die priesterliche Einsegnung der Ehe noch ferner wie bisher maßgebend für die gesetzliche Gültigkeit derselben bleiben, und dies durch eine besondere Declaration ausgesprochen werden. Damit wären die vielfachen Zweifel beseitigt, zu denen der Artikel 16 der neuen Verfassungsurkunde bereits Veranlassung gegeben hat.

— Das Criminalgericht hat am 19. in einer Plenarsitzung beschlossen, die Abfassung der Urtheile erst dann, wenn die Verfassung beschworen sein wird, nach dem Art. 85., Titel VI. der Verfassung mit den Worten: „Im Namen des Königs" zu beginnen. Das Criminalgericht wird demnach fortfahren, in der bisherigen Weise seine Urtheile zu publiciren, obgleich mehrere Abtheilungen desselben, wie andere Gerichtsbehörden, schon seit dem 6. Dec. ihre Erkenntnisse in der erwähnten konstitutionellen Form abgefaßt haben.

— Das Oberlandesgericht in Münster soll gegen seinen Direktor, Herrn Temme, die Anklage wegen Hoch- und Landesverraths erhoben und bereits die Untersuchung gegen ihn eingeleitet haben

— Hr. Waldeck hat mit seiner Antwort auf die Zuschrift des Geh. Ober-Tribunals nicht lange auf sich warten lassen. Am 19. Abends hat er dem Gerichtshofe, zu Händen des Präsidenten Mühler, eine im Ganzen die Zumuthung des Ober-Tribunals, sein Ausscheiden aus diesem Collegium zu bewerkstelligen, zurückweisende Antwort zugehen lassen.

— Von dem Abgeordneten Rodbertus ist eine Broschüre unter dem Titel: „Mein Verhalten in dem Conflikt zwischen Krone und Volk," erschienen. Der Verfasser erklärt in derselben, daß er erst, wenn die Nationalversammlung den von ihr am 9. Nov. gefaßten Beschluß, „daß sie keine Veranlassung habe, den Sitz ihrer Berathungen zu ändern, sondern daß sie diese in Berlin fortsetzen werde," selbst wieder geändert hätte, und die Entfernung der gegenwärtigen Minister vom Amt erfolgt wäre, sich an den Berathungen in Brandenburg betheiligt haben würde. Am Schlusse der Schrift erklärt der Verfasser, daß er vor dem ganzen Lande als Wahlkandidat zu der nächsten Landesversammlung auftrete; indem er sich so einer neuen Wahl hingebe, kehre er zurück zu dem Ursprunge alles Rechtes, zu dem Volke.

Düsseldorf, den 18. Dec. Hr. Wesendonck, den die Redaktion der „Düsseldorfer Ztg." ersucht hatte, bei der deutschen National-Versammlung gegen die Verhängung der Censur Beschwerde zu führen, hat an dieselbe ein Schreiben gerichtet, in welcher er ihr räth, von Frankfurt nichts zu erwarten und vielmehr „durch diejenigen Herren, die nach Zeitungsberichten von dort (Düsseldorf) aus nach Berlin gesandt sein sollen, um Schutz — bei dem Ministerium Brandenburg einzukommen." Bekanntlich ist die Censur inzwischen aufgehoben. —

Oldenburg, den 18. Decbr. Der Umschwung der Dinge in Preußen hat auch hier seine Folgen bereits geäußert. Die demokratische Partei hat seit der Zeit entschieden Terrain verloren, da sich jetzt auch diejenigen Bürger zu rühren anfangen, welche früher zu bequem waren, oder sich zu vornehm achteten, um sich an Volksvereinen, Adressen ꝛc. zu betheiligen. Das zeigte sich gestern, wo unser Deutscher Volksverein — derselbe, welcher die huldigende Zustimmungs-Adresse an die Preußische Nationalversammlung im November erließ, — unseren beiden Abgeordneten der Frankfurter Rechten ein Vertrauensvotum mit 70 gegen 40 Stimmen beschloß, bei welchem sich selbst Honoratioren höchsten Ranges, wie unser

Kriegsminister, Freiherr von Egloffstein, im Sinne der Majorität als Mitglieder des Vereins betheiligten. (Br. Z.)

Schleswig. Der Rendsburger Bürgerverein hat dem General von Bonin eine Adresse überreicht, worin er ihn bittet, seine Stellung nicht aufzugeben. Der General, sichtlich ergriffen, erklärte am Schlusse seiner längeren Rede, daß er es der gemeinsamen Regierung anheimstelle, ob er nach ihrer Meinung mit Rücksicht auf die öffentliche Stimmung des Landes noch ferner mit Vertrauen als General wirken könne. Der Präsident der gemeinsamen Regierung, Graf Reventlow, erklärte der Deputation, die sich sofort zu ihm begab, daß die Regierung mit ihr einverstanden sei und Alles aufbieten werde, den General zur Zurücknahme seines Entschlusses zu bewegen. — General v. Bonin hat den Oberstlieutenant v. Zastrow nach Berlin geschickt, um wenn möglich den Befehl wegen Abberufung der zum einstweiligen Dienst den verschiedenen schleswig-holsteinischen Bataillons zugetheilten preußischen Offiziere rückgängig zu machen. — Der Soldat Luttermerk, Urheber des Rendsburger Scandals, ist zu 1 Jahr Zuchthaus, die andern Theilnehmer zu gelinder Festungsstrafe in Friedrichsort verurtheilt.

Fankfurt a. M., den 18. Decbr. (O.-P.-A.-Z.) 138. Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Unter dem Vorsitze Wilhelm Beseler's schreitet heute die Versammlung sogleich zur Wahl eines Präsidenten. Die Oesterreicher haben den größten Theil ihrer Stimmen dem zurückgetretenen Reichsminister v. Schmerling zugewendet. Außerdem kommen am zahlreichsten die Namen Ed. Simson's und Kirchgeßner's aus der Urne. Herr v. Gagern ist während des Wahlgeschäfts noch nicht in der Sitzung zugegen. Die Herren v. Beckerath, Bassermann, Duckwitz, v. Peucker, Mathy aber, die sich auf der Ministerbank befinden, nehmen die Gelegenheit mit Eifer wahr, ihren gewesenen Kollegen Schmerling zu begrüßen, als er sich zufällig ihren Plätzen nähert. Die Gallerieen sind belebter, als während der früheren Sitzungen, und auch die Abgeordneten zeitig und vollzählig im Hause erschienen. Das Ergebniß der Präsidentenwahl ist Folgendes: Von 415 Anwesenden haben 181 für Ed. Simson aus Königsberg, 128 für Kirchgeßner, 93 für v. Schmerling gestimmt. Fünf Zettel enthalten nur den Namen Simson ohne nähere Bezeichnung, und sind daher zurückzulegen, die übrigen zerstreuen sich (2 auf Trützschler, 2 auf Heinrich Simon, 1 auf Dahlmann u. s. w.) Da eine unbedingte Mehrheit nicht erreicht ist, so muß zu einer Wiederholung der Wahl geschritten werden. Die Oesterreichischen Stimmen haben sich jetzt mit denen für Kirchgeßner vereinigt. Wahlzettel sind diesmal im Ganzen 445 eingegangen; 215 davon haben sich für Eduard Simson, 214 für Kirchgeßner erklärt, 10 Stimmen sind wiederum auf von Schmerling gefallen, 2 enthalten den Namen „Simson" ohne Beisatz. Die übrigen Stimmen zerstreuen sich, und eine unbedingte Mehrheit hat sich demnach auch jetzt nicht herausgestellt. Das Verfahren bei der zweiten Wiederholung der Wahl anlangend, so beantragt v. Vincke dafür, um Unsicherheiten vorzubeugen, Namensaufruf, auf welchen die Mitglieder ihre Stimmen persönlich in die Urne zu werfen haben, die vor dem Präsidenten aufgestellt ist. Der Vorschlag wird angenommen. Es ist 1 Uhr Nachmittags, als das Resultat der dritten Wahl bekannt gemacht wird, denn die letzte Abstimmung allein hat zwei Stunden Zeit gekostet. Auf Namensaufruf sind 461 Zettel in die Urne gelegt worden. Ein zu spät, d. heißt erst dann überbrachter Zettel, nachdem deren Verlesung schon begonnen hatte, wird durch Versammlungs-Entscheidung kassirt. Eduard Simson hat 233, Kirchgeßner 223, Schmerling 3 Stimmen erhalten. Der Erstere hat mithin endlich die unbedingte Mehrheit für sich erlangt und ist erster Präsident der Nationalversammlung. (Beifall von der einen Seite, Zischen von der anderen.) Die Stelle eines fehlenden Vice-Präsidenten soll erst im Januar wieder besetzt werden. Ein Schreiben des Reichsverwesers zeigt die Ernennung Heinrich's v. Gagern zum Vorsitzenden des Ministeriums und zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, vorläufig zugleich des Innern, an. (Bravo!) Darauf betritt der Minister-Präsident selbst die Rednerbühne, um das Programm des Reichs-Ministeriums mitzutheilen. v. Gagern: Ein Gefühl der Nothwendigkeit, ein heißes Verlangen durchdringt das Volk: daß das Verfassungswerk schnell vollendet sein möge. Die verfassunggebende Reichsversammlung hat dieses Bedürfniß erkannt und nähert sich dem Ziele ihrer großen Aufgabe. Zwar ist die Errichtung des Verfassungswerks von der Wirksamkeit der Centralgewalt ausgeschlossen; die Wege aber anzubahnen, damit die vollendete Verfassung in Wirksamkeit treten könne, thätig zu sein, wo vorauszusehenden Hindernissen vorgebeugt werden kann und etwa eintretende zu beseitigen sind; eine solche das Verfassungswerk betreffende Wirksamkeit der Centralgewalt erscheint in so hohem Grade als Bedingung der allgemeinen Wohlfahrt, daß das Reichministerium sie für die nächste und wichtigste erkennt. Die Stellung, welche Oesterreich zur Deutschen National-Versammlung und zu der provisorischen Centralgewalt für Deutschland eingenommen hat, legt dem Reichs-Ministerium die Pflicht auf, der National-Versammlung, deren Aufmerksamkeit durch diese wichtige Frage bereits vielfach in Anspruch genommen ist, Vorlage zu machen. Das Programm des Oesterreichischen Ministeriums vom 27. November spricht aus: 1) daß alle Oesterreichischen Lande in staatlicher Einheit verbunden bleiben sollen, 2) daß die Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland dann erst staatlich geordnet werden könnten, wenn beide Staaten-Komplexe zu neuen und festen Formen gelangt seien, d. h. ihre innere Gestaltung vollendet haben würden. Diese Auffassung der Stellung Oesterreichs zu Deutschland hat nicht allein den Beifall des Oesterreichischen Reichstags zu Kremsier erhalten, sondern scheint auch den Wünschen und Ansichten der großen Mehrheit der Bewohner der Deutsch-Oesterreichischen Lande zu entsprechen. Es ist damit Oesterreichischerseits die Antwort auf die Frage ertheilt, welche in der Beschlußnahme der National-Versammlung über den Verfassungsentwurf: „Kapitel vom Reich und der Reichsgewalt", namentlich in den Paragraphen 1—3 enthalten, an Oesterreich gestellt worden ist. Das Reichsministerium glaubt in Beurtheilung der Stellung der Centralgewalt zu Oestrreich von folgenden Sätzen ausgehen zu müssen: 1) Bei der Natur der Verbindung Oesterreichs mit außerdeutschen Ländern beschränkt sich für jetzt und währerd des Provisoriums die Pflicht der Reichsgewalt darauf, das bestehende Bundesverhältniß Oesterreichs zu Deutschland im Allgemeinen zu erhalten. Es ist aber das Sonderverhältniß Oesterreichs anzuerkennen, wonach es anspricht, in den zu errichtenden Deutschen Bundesstaat unter Bedingungen, welche die staatliche Verbindung der Deutschen mit den nichtdeutschen Oesterreichischen Bundestheilen alteriren, nicht einzutreten. 2) Oesterreich wird also nach den bis jetzt durch die National-Versammlung gefaßten Beschlüssen, wodurch die Natur des Bundesstaates bestimmt worden ist, als in den zu errichtenden Deutschen Bundesstaat nicht eintretend zu betrachten sein. 3) Oesterreichs Unions-Verhältniß zu Deutschland mittelst einer besonderen Unions-Akte zu ordnen und darin alle die verwandtschaftlichen, geistigen, politischen und materiellen Bedürfnisse nach Möglichkeit zu befriedigen, welche Deutschland und Oesterreich von jeher verbunden haben und im gesteigerten Maße verbinden können, bleibt der nächsten Zukunft vorbehalten. 4) Da Oesterreich zu dem von der provisorischen Centralgewalt repräsentirten Deutschland zwar in einem unauflöslichen Bunde steht, in den Bundesstaat aber nicht eintritt, so ist die Verständigung über alle gegenseitigen, sowohl bereits bestehenden als künftigen Bundespflichten und Rechte auf gesandtschaftlichem Wege einzuleiten und zu unterhalten. 5) Die Verfassung des Deutschen Bundesstaates, deren schlennige Beendigung zwar im beiderseitigen Interesse liegt, kann jedoch nicht Gegenstand der Unterhandlung mit Oesterreich sein. Indem ich diese Sätze der Prüfung der National-Versammlung übergebe, suche ich für das Reichs-Ministerium um die Ermächtigung nach, die gesandtschaftliche Verbindung mit der Regierung des Oesterreichischen Kaiserreichs, wodurch den erörterten Verhältnissen entsprochen wird, Namens der Centralgewalt anknüpfen zu dürfen. Ich erlaube mir daran die Bitte zu knüpfen, daß diese Vorlage zwar nach ihrer Wichtigkeit an einen Ausschuß zur Begutachtung überwiesen, die Verhandlung der Sache aber möglichst beschleunigt werden möge." (Bewegung. Es werden vergebens Zeichen des Beifalls wie des Mißfallens versucht) Sodann erhebt sich eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob das Programm des Reichsministeriums an den Biedermannschen oder an den Oesterreichischen Ausschuß zu überweisen sei. Rößler von Oels behauptet, die Angelegenheit gehöre vor den Verfassungsausschuß. Venedey: Ich schlage vor, das Programm ohne Ausschußbericht zu verweisen. (Bravo!) Wir sind zusammengetreten, Deutschland zu vereinigen, nicht um es zu zereißen. (Stürmisches Bravo!) Nicht einen Augenblick länger können wir hier sitzen, wenn wir in eine solche Theilung willigen. (Wiederholter Zuruf und Applaus.) Reitter von Prag stimmt mit Venedey's Ansichten überein, verlangt aber doch Begutachtung der Sache durch einen Ausschuß Dann wolle man sehen, ob Deutschland ein zweites Polen und Oesterreich an Rußland ausgeliefert werden solle. Plathner warnt vor einer Entscheidung inmitten solcher Gefühls-Aufregungen. Wesendonck kehrt zu der Frage zurück, an welchen Ausschuß das Programm gehöre. Der Biedermannsche Ausschuß sei seinen Bericht über die Preußische Angelegenheiten noch schuldig und besitze das Vertrauen des Hauses nicht. Dagegen schlägt Wesendonck vor, den kombinirten Verfassungs- und Oesterreichischen Ausschuß über das Programm berichten zu lassen. Rüder aus Oldenburg will die Sache dem Ausschusse für staatsrechtliche und internationale Verhältnisse übergeben sehen. Hartmann aus Leitmeritz: Es wäre ein Verbrechen, auf den Antrag des Minister-Präsidenten einzugehen. Zur Tages-Ordnung darüber, sogleich und ohne Motivirung! Reichensperger: Vor den Oesterreichischen Ausschuß gehört die Frage. v. Vincke: An mir und meinen politischen Freunden liegt es nicht, daß §§. 2. und 3. der Verfassung zu diesem Dilemma Veranlassung gegeben. Wir haben uns nur der Majorität der Oesterreichischen Abgeordneten in diesem Hause unterworfen. Der kompetente Ausschuß ist der Biedermannsche. Buß will den Oesterreichischen Ausschuß, Löwe von Kalbe einen neu zu erwählenden mit der Angelegenheit beauftragen, denn die Stellung der Parteien im Hause sei eine andere geworden. Während Wichmann und G. Beseler (dieser für Ueberweisung an den Biedermannschen Ausschuß) sprechen, herrscht eine kaum zu bewältigende Unruhe, besonders auf der linken tief aufgeregten Seite des Hauses. Giskra: Noch ist Oesterreich nicht verloren von Deutschland, und ich hoffe, es soll dabei bleiben. Also wenigstens nicht vor den völkerrechtlichen Ausschuß gehört die Sache. Graf Deym: „Was hier vorliegt, sind thatsächliche Verhältnisse. Oesterreich schließt sich nicht aus, es hat immer zu Deutschland gehört und soll dabei bleiben, aber lassen Sie uns die viel verwickelten Verhältnisse mit Ruhe betrachten und einen neuen Ausschuß sich mit ihrer Lösung beschäftigen." Hier endlich wird die unfruchtbare Debatte abgebrochen und zur Abstimmung geschritten. Ihr Ergebniß ist, daß die Vorlage des Ministeriums an keinen der vorgeschlagenen bestehenden Ausschüsse verwiesen, sondern daß ein neuer Ausschuß dafür durch die Abtheilungen gewählt werde. Die morgende Sitzung wird auf Schoder's dringendes Verlangen der zweiten Lesung der Grundrechte gewidmet.

Frankfurt a. M., den 18. Dec. Gestern überreichte eine Deputation von Frankfurter Bürgern dem Abgeordneten für Wittenberg, Major Deetz, und dem Abgeordneten für Pleß, Major von Boddien, jedem einen Ehrensäbel zur Erinnerung an den 18. September. Diese ehrenvolle Anerkennung ward dem Verdienst, welches sich beide Männer in hohem Grade an jenem Tage erworben hatten. Ihr Antheil an dem beklagenswerthen Ereignisse bewährte nicht allein ihren persönlichen Muth und und ihre Umsicht, sondern legte ihnen das noch rühmlichere

Zeugniß der Menschlichkeit bei. Das Leben vieler Leute wurde durch ihre Vermittelung gerettet, und wie sie nach errungenem Siege die Gefangenen schützten, verdankte man ebenfalls ihrer Fürsorge, daß jeder Exzeß gegen Personen und Eigenthum unterblieb. Die Dankesgabe der Stadt ist von außerordentlicher Schönheit. Das massiv goldene Gefäß beider Säbel trägt in getriebener Arbeit die Inschrift: „Frankfurts Bürger dem braven Major Deetz (v. Boddien),“ darunter das Frankfurter Stadtwappen und der „18. September 1848.“ Diese Ehrengeschenke finden um so mehr allgemeinen Beifall, als der Major Deetz sich auch in der Eigenschaft eines Stadtkommandanten von Frankfurt Liebe und Achtung bei Einwohnern und Truppen zu sichern gewußt hat.

— Die „Frankf. O.-P.-A.-Ztg.“ macht folgenden Vorschlag für die Gestaltung der Reichs-Gewalt, welcher übrigens in Oesterreich wohl mehr Anklang, als in Deutschland finden wird: 1) Die österreichische Monarchie bildet unter dem Kaiser von Oesterreich und einem Gesammt Ministerium in sich einen Bundesstaat, in welchem den verschiedenen Nationalitäten möglichst Rechnung getragen wird. 2) Dieser österreichische Bundesstaat tritt mit den übrigen deutschen Staaten zu einem Gesammt-Bundesstaate zusammen. 3) Die Würde eines Oberhauptes des so gebildeten Reiches der Mitte ist erblich im Hause Oesterreich und Preußen. 4) Diese Würde wird im Verhältniß der Hausmacht nach einem Turnus ausgeübt, von sechs Jahren für Oesterreich und drei Jahren für Preußen, welches letztere vorwaltenden Umständen nach den Anfang macht. 5) Zwei Kammern stehen dem Reichs-Oberhaupte zur Seite, gewählt aus allen zum Reiche der Mitte gehörenden Volksstämmen nach dem Maßstabe von eins für ½ Million zum Staatenhause, von eins für ¼ Million zum Volkshause. 6) Die deutsche Sprache ist die Sprache des Reichs und beider Reichs-Kammern. Nicht um andere Spracharten zurückzusetzen, sondern weil die deutsche Sprache die verbreitetste unter den österreichischen Völkerstämmen ist und es kein anderes Auskunftsmittel giebt. Der hierin liegende Uebelstand ist durch Uebertragung in undeutsche Mundarten möglichst zu beseitigen. 7) Der Sitz der Reichs-Regierung ist abwechselnd Berlin und Wien, eben so der Versammlungsort beider Kammern. 8) Die Gesandtschaften des Reiches werden so besetzt, daß ein erster Gesandter von der Gesammt-Reichs-Regierung bestellt wird, welchem in zweiter Ordnung jederzeit ein Geschäftsträger von Oesterreich oder Preußen beigeordnet ist.

— In Leipzig selbst, wo Blum seit Jahren heimisch gewesen, scheint die Sammlung für seine Familie am schlechtesten zu gehen. So schreibt die Weser-Zeitung aus Leipzig: „Man ärgert sich darüber, daß Blums Andenken hier weit weniger lebendig ist als in Dresden. An letzterem Orte hatten die Unterzeichnungen zum Besten seiner Familie bereits 13,000 Thaler betragen, während hier noch nicht 1000 Thaler zusammengebracht worden sind.“

München, den 18. December. Eine K. Verordnung bestimmt, daß fortan bei der Landwehr die Ober- und Unteroffiziere von den Kompagnien selbst nach absoluter Stimmenmehrheit gewählt werden.

Mainz, den 18. December. Der hiesige Stadtrath hat beschlossen, daß die Konfessionsschulen aufgehoben und an ihrer Stelle Gemeindeschulen errichtet werden, in welchen Jeder, weß Glaubens er ist, seine Bildung erlangen soll.

Karlsruhe, den 11. Decbr. Die hiesige Zeitung berichtet: Es wird demnächst in der äußern Bekleidung der deutschen Truppen eine größere Gleichartigkeit eintreten, indem Baden, Hessen-Darmstadt und Frankfurt sich entschlossen haben, ihre Contingente mit Waffenrock und Pickelhaube zu uniformiren. Da bei sämmtlichen nord- und mitteldeutschen Truppen, als Hannoveraner, Oldenburger, Mecklenburger, Braunschweiger, Sachsen, Schleswig-Holsteiner, Kurhessen &c., mit geringen Ausnahmen, dieselbe Ausrüstung bereits eingeführt ist, so wird dann, mit Ausnahme der Oesterreicher, unser ganzes deutsches Heer auch äußerlich so ziemlich gleichförmig uniformirt sein, was im Fall eines etwaigen Krieges nicht ohne Wichtigkeit ist.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 18. December. 4 Uhr Nachmittags. Nach den bis jetzt bekannt gewordenen Berichten fielen auf

L. Napoleon . . 5,003,769,
Cavaignac . . . 1,246,407 Stimmen.

Noch ist das Ergebniß der Wahlen von Corsika und Algerien unbekannt. Vollständig kennt man die Resultate der Wahlen in 45 Departements und nur in einem derselben (Morbihan) hatte Cavaignac die Majorität.

— Herr Rebillot, dem die Policei-Präfektur zugedacht sein soll, wurde dem künftigen Präsidenten durch Hrn. de Malleville vorgestellt. L. Napoleon war ziemlich überrascht, in dem jetzigen Gensd'armerie-Obersten den Capitain derselben Waffe wieder zu erkennen, unter dessen Aufsicht er im Jahre 1840 von Paris nach Ham gebracht wurde. Herr Malleville hatte damals als Unter-Staats-Sekretair die Ordonnanz gegengezeichnet, deren Ausführung Hrn. Rebillot übertragen wurde.

Paris, den 18. Dec. Man erzählt sich, einige der Freunde Louis Bonaparte hätten demselben gerathen, den Eid auf die Verfassung nicht zu leisten und sich sogleich zum Kaiser ausrufen zu lassen. Dieser Rath sei jedoch von Louis Bonaparte verworfen worden, und er werde den vorgeschriebenen Eid schwören. Das Schloß St. Cloud soll dem neuen Präsidenten der Republik als Sommersitz angewiesen werden. Am nächsten Sonntage soll Paris ein neues Fest zu Ehren der Präsidenten-Proklamirung haben. An der Börse glaubte man übrigens heute, der neue Präsident werde erst am Montag proklamirt werden können. In den Buch- und Bilder-Läden haben Cavaignac's und Proudhon's Portraits, und längs der Boulevards, in der Vivien-Straße, im Palais National und der Rue du Coq die Präsidentenbilder schon den bekannten Kaiserbildern wieder Platz gemacht.

— Dieser Tage starb ein Knabe von der Daire Abd-el-Kaders. Es war sein Neffe. Die Araber lieben ihre Kinder leidenschaftlich, und eben so äußert sich der Schmerz bei ihrem Verluste. Abd-el-Kader wird einige Wochen in strenger Zurückgezogenheit den Tod des Neffen betrauern. Der Leichnam wurde von den Arabern in einen Sarg gelegt, dieser mit einem weißen Tuche umhüllt und aus dem Zimmer des Emir auf den Schultern herausgetragen. Der Emir begleitete die Leiche bis zur Schwelle des Schlosses. Die Mutter des Kindes stieß einen jammervollen Schrei aus, als die Leiche unter ihrem Fenster vorübergetragen wurde. Sie war in weiße Shawls gehüllt. Offiziere und unbewaffnete Soldaten begleiteten den Zug. Am Kirchhofe gruben die Araber selbst das Grab. Der Vater des Knaben hockte vor dessen Sarg, betete und weinte. Das Grab wurde sorgfältig bereitet, der Sarg auf die rechte Seite gelegt, das Gesicht dem Osten zugewendet; über dem Sarge mit Querhölzern ein Dach gebaut, darunter Blätter und Blumen gelegt, oben darauf Steine, damit die übergeworfene Erde den Sarg nicht drücke. Die Todtengräber wuschen sich nach der Ceremonie die Hände und Füße, worauf alles heimkehrte. Der Vater des Knaben dankte am Eingange des Schlosses den ihn begleitenden Offizieren, und zog sich in das Trauergemach zurück, wo er, wie Abd-el-Kader, einige Wochen unsichtbar bleibt.

— In den Ministerial-Büreaux wird aufgeräumt. Jeder abtretende Minister möchte vor seinem Ende noch recht viel für das Volk thun. Es ist ein wahrer demokratischer Eifer unter die Minister gefahren. So erläßt heute Vivien, der Minister der Staatsbauten, eine Verordnung, welche die am 15. Juli d. J. verfügten 2 pCt. Lohnabzüge von den Staatsarbeitern in den Staats-Werkstätten zu einem Kapital zusammenwirft, aus welchem verstümmelte Arbeiter und ihre Familien ernährt werden sollen. Alle Staats-Baumeister werden angewiesen, pünktliche Berichte über die Lage des Proletariats einzusenden. Die Jahresgehalte für jede Familie betragen 300 Frs. Cavaignac beabsichtigte, wie es schien, vor seinem Abschiede noch eine Aenderung im Marinepersonal vorzunehmen. Der Seeminister soll jedoch Bedenken getragen haben.

— Der Moniteur enthält folgende Mittheilung: „Unabhängig von dem gestern mitgetheilten Briefe hat noch nachstehender Briefwechsel zwischen dem Conseil-Präsidenten und dem heiligen Vater stattgefunden:

Brief des Generals Cavaignac an Se. Heiligkeit.

Paris, den 3. December 1848.

Heiliger Vater! Ich übersende Ew. Heiligkeit durch einen meiner Adjutanten diese und die beifolgende Depesche des Erzbischofs von Nicäa, Ihres Nuntius bei der Regierung der Republik. Die Französische Nation, tief betrübt über die Unbill, die Ew. Heiligkeit in den letzten Tagen widerfahren, ist eben so tief gerührt von dem Gefühl väterlichen Vertrauens, welches Ew. Heiligkeit veranlaßte, bei ihr für den Augenblick um die Gastfreundschaft nachzusuchen, die sie glücklich und stolz sein wird, Ihnen zu gewähren und die sie ihrer und Ew. Heiligkeit würdig zu machen bestrebt sein wird. Ich schreibe Ihnen daher, damit kein Gefühl der Unruhe, keine ungegründete Besorgniß Ihrem ersten Entschluß entgegen trete und Ew. Heiligkeit zu einem anderen Schritte veranlasse. Die Republik, deren Existenz schon geheiligt ist durch den wohlbedachten, beharrlichen und souverainen Willen der Französischen Nation, wird mit Stolz der Welt das Schauspiel dieser religiösen Weihe geben, die Ihre Anwesenheit in deren Mitte bezeichnet und die sie mit der Würde und der religiösen Ehrfurcht aufnehmen wird, welche einer so großen und hochherzigen Nation geziemen. Ich habe das Bedürfniß empfunden, Ew. Heiligkeit diese Versicherung zu geben, und ich wünsche sehr, daß dieselbe ohne längeren Aufschub zu Ihnen gelange. Mit diesen Gefühlen, heiliger Vater, bin ich Ihr ehrfurchtsvoll ergebener Sohn, General Cavaignac.

Darauf hat der Papst erwiedert:

Herr General! Ich habe Ihnen durch die Vermittelung des Herrn von Corcelles einen Brief übersandt, um darin Frankreich meine väterlichen Gesinnungen und meinen vollsten Dank auszusprechen. Diese Dankbarkeit wächst mehr und mehr im Hinblick auf die neuen Schritte, die Sie, Herr General, in Ihrem eigenen Namen und im Namen Frankreichs bei mir thun, indem Sie mir einen Ihrer Adjutanten schicken und mir Gastfreundschaft in einem Lande anbieten, welches stets reich gewesen ist an wahrhaft katholischen und dem heiligen Stuhl ergebenen Geistern. Und hier empfindet mein Herz das Bedürfniß, Ihnen von neuem zu versichern, daß die günstige Gelegenheit sich wohl noch einstellen wird, wo ich mit eigener Hand über die große und hochherzige Französische Familie den apostolischen Segen spenden kann. Wenn mich auch die Vorsehung auf überraschenden Wegen dahin geführt hat, wo ich mich jetzt befinde, so wird mich dies nicht hindern, mich vor Gott zu beugen, dessen, obgleich unwürdiger, Stellvertreter ich bin, indem ich ihn bitte, daß er seine Gnaden und Segnungen auf Sie und ganz Frankreich niederlasse. Gegeben zu Gaeta, den 10. December 1848. Pius IX.

Großbritannien und Irland.

London, 17. Dec. Einer nordamerik. Ztg. zufolge ist Don Francisco Castellan, Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Nicaragua, nach England abgereist, um gegen die Besitzergreifung von Gebietstheilen des Staates Nicaragua, welche sich England zu Gunsten des Königs der Moskitoküste erlaubt hat, Verwahrung einzulegen. Das ministerielle Blatt, der „Globe“, kündigt das Schicksal dieser außerordentlichen Gesandtschaft in den wenigen Worten an: „Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß diese Einwendung irgend einen zufriedenstellenden Erfolg haben wird.“

— Der „Times“ zufolge ist englischer Seits der gegenwärtigen sicilianischen Regierung bedeutet worden, daß sich Sicilien der Vermittelung fügen und mit so viel Unabhängigkeit begnügen müsse, als sich mit der fortgesetzten Union der Insel mit der neapolitanischen Krone vertrage. Sicilien solle eine besondere Verwaltung und ein besonderes Parlament haben, aber in Bezug auf ein besonderes sicilianisches Heer würde es wohl nachgeben müssen. Einen besonderen Staat zu bilden, sei Sicilien zu klein, gehöre es nicht zu Neapel, so werde es von selbst im Kielwasser einer der andern großen Mächte segeln müssen. So hat sich Palmerston, besonders auf Brunnow's Antrieb, Sicilien gegenüber ausgesprochen.

— Aus Irland die alten Hiobsposten. Politisch ist das Land ruhig, während die sociale Auflösung fortschreitet. Man begreift kaum noch, durch welche Mittel es gelingt, wenigstens äußerlich einen Schein von Ruhe zu erhalten. Allerdings beschränkt sich die größte Summe Elends nur auf einen, freilich bedeutenden Theil der Insel, der durch Anhäufung von Truppenmassen und Konstablerie einigermaßen in Ordnung gehalten wird, wenn von Ordnung da die Rede sein kann, wo man die Steuern nicht eintreiben kann, ohne ganze Kompagnieen von Militair und Polizeimannschaft in Bewegung zu setzen, wo die Gutsbesitzer ganze Dorfbevölkerungen aus ihren Wohnungen austreiben und diese Wohnungen dem Erdboden gleich machen, wo die Pächter dagegen wieder

übee Nacht alles Ihrige verkaufen und mit dem Erlös, ohne Steuern und Pacht zu bezahlen, truppweise nach dem nächsten Hafen ziehen, um sich nach Nordamerika einzuschiffen. So dehnt sich jetzt, namentlich in Süd-Tipperary, die Verarmung auch auf den Landadel zweiter Klasse aus, der auf diese Weise um seine Gutszinse gebracht wird, und es scheint kaum eine Hyperbel zu sein, wenn ein Korrespondent bemerkt: „Sollten die Dinge so noch weiter fortgehen, so ist kein Zweifel, daß die grüne Insel, wie man Irland nennt, noch grüner werden wird, indem aus Mangel an Kapital und Arbeit ihre Kornfelder Weideland, ihre Hügel Schafweiden werden müssen. Daß die Entvölkerung in Folge der Auswanderung und des Sterbens (Hungertode sind gar nicht selten und Tode in Folge unverdaulicher und mangelhafter Nahrung häufig) reißende Fortschritte macht, ist ein unwiderlegliches Faktum, weshalb auch die Liebe zum Heimathland fast gänzlich abgestorben ist, und von der Bevölkerung nur diejenigen zurückbleiben, welche zu gehen nicht mehr im Stande sind."

— Vom Cap sind neuere Nachrichten, bis zum 19. Oktober, eingegangen. Von den Bewegungen des Rebellen-Chefs Pretorius war der Regierung der Kolonie keine weitere Kunde zugekommen. Am 7. Oktober hatte eine Zusammenkunft zwischen dem Gouverneur Sir H. Smith und den Kaffern-Häuptlingen stattgefunden, in welcher diese sich vollkommen zufrieden damit erklärten, daß sie unter die Regierung der Königin Victoria gestellt worden, und hinzufügten, daß sie keine Beschwerde über die mit Ausführung der Anordnungen des Gouverneurs beauftragten Agenten zu führen hätten; sie hofften auf lange Dauer des Friedens unter Britischer Herrschaft. Der Handelsverkehr hatte neues Leben gewonnen.

— Der Cheltenham Examiner meldet: „Der Geistliche von Upton an der Severn hat eine Klage gegen die Barbiere des dortigen Ortes angestellt, daß sie Sonntags Morgens noch nach $10\frac{1}{2}$ Uhr ihren Geschäften nachgingen. Die Klage war gegründet auf ein Gesetz in dem 29. Parlament Karl's I. Die Sache kam vor einigen wenigen Tagen beim Gericht zur Verhandlung. Herr Holland, der Anwalt der Verklagten, bedauerte in seiner Rede, daß es im neunzehnten Jahrhundert versucht werde, ein Gesetz der Art, welches vor 200 Jahren erlassen worden sei, in Kraft zu setzen. Die Verklagten wurden unter einer Verwarnung frei gesprochen."

Spanien.

Madrid, den 10. Dec. Nähere Nachrichten aus Barcelona melden, daß außer dem Rebellenchef Pasos auch Monserrat sich ergeben hat. Beide Häuptlinge zogen am 4. unter dem Ruf: es lebe die Königin! es lebe der Friede! mit allen ihren Leuten (650 M. Infanterie und 40 Pferde) in Esparraguera ein. Der General Concha war, mit der ihm angebornen Ritterlichkeit, mit einer kleinen Bedeckung, ihnen entgegen geritten und ließ, als die Leute ankamen, sogleich eine Kiste guter Havana-Cigarren holen, welche er unter Posas' und Monserrat's Soldaten vertheilte, die ihm dafür ein lautes Hurrah brachten. Posas hatte sich übrigens bei Gelegenheit des Ueberganges mit großer Loyalität benommen. Er ließ nämlich alle seine Leute versammeln und kündigte ihnen an, daß er, einem lang gehegten und bei ihm zur Reife gekommenen Entschlusse folgend, sich der Königin ergeben werde, wobei er ihnen zugleich die Beweggründe seines Schrittes anzeigte. Kaum war dies geschehen, als die Leute erklärten, daß sie gern dem Beschlusse ihres Befehlshabers folgen würden, „da es ihr inniger Wunsch sei, daß unter allen Spaniern endlich Friede und Einigkeit wieder hergestellt würde." Kein einziger trat zurück, alle erschienen in Esparraguera und alle schlossen sich dem General Concha an. „Die moralische Wirkung," sagen die Spanischen Blätter, „welche diese Ergebung im Lande hervorgebracht hat, ist unbeschreiblich, und wird die gänzliche Beruhigung Cataloniens sehr erleichtern." In Barcelona trifft man große Anstalten, im Fall der h. Vater sich entschließen sollte, nach Spanien zu kommen. Der Stadtrath hat darum gebeten, den k. Palast zur Verfügung des Papstes zu stellen, und der Bischof der Diöcese sich mit großer Freude erboten, seinen bischöflichen Palast dem h. Vater einzuräumen.

Italien.

Mailand, den 9. December. Die „Zeitung von Bologna" vom 2. December meldet, daß der Gen. Zucchi einige Beförderungen in der Armee verordnet und die Offiziere aller Waffengattungen zusammenberufen habe, um ihnen die Weisung zu ertheilen, daß sie nicht dem Römischen Kriegs-Minister, sondern ihm zu gehorchen hätten. General Latour, Commandant der Schweizer, ist mit Zucchi einverstanden, und Beide sind entschlossen, wenn es nöthig sein sollte, Garibaldi und dessen republikanische Freischaar zu entwaffnen. (Nach dieser Nachricht wäre also die Mittheilung von einem bereits erfolgten Kampfe mit Garibaldi voreilig.) — Das Römische Ministerium hat seinerseits, auf die Kammer gestützt, jeden für einen Rebellen erklärt, der jemand Anderem als dem Kabinette Gehorsam leistet.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Bekanntmachung.

Höherer Anordnung zufolge wird am 31. d. M. eine allgemeine Umquartirung der Garnison stattfinden, und die Häuser mit der gegenwärtigen Anzahl Mannschaften belegt werden.

Diejenigen Hausbesitzer, welche ihre Einquartirung ausmiethen wollen, haben dies bis zum 26. d. M. dem Servis-Amte anzuzeigen.

Posen, den 20. December 1848.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.

Land- und Stadtgericht zu Rogasen.

Das den August Nehringschen Erben zugehörige Erbpachts-Vorwerk im Dorfe Slomowo, im Kreise Obornik belegen, abgeschätzt auf 15,586 Rthlr. 20 Sgr., soll

am 26sten April 1849 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Die Taxe nebst Hypothekenschein und Bedingungen können in unserem III. Geschäfts-Bureau eingesehen werden.

Rogasen, am 7. Juli 1848.

Bekanntmachung.

Im Auftrag des Königlichen Provinzial-Steuer-Direktors zu Posen wird das unterzeichnete Haupt-Amt und zwar im Amtsgelasse des Königlichen combinirten Steuer-Amts Wirsitz

am 12ten Januar 1849 Vormittags 10 Uhr

die Chausseegeld-Erhebung zu Kostowo bei Wirsitz an den Meistbietenden, mit Vorbehalt des höheren Zuschlages, vom 1sten April 1849 ab zur Pacht ausstellen.

Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens 100 Rthlr. baar oder in annehmlichen Staatspapieren bei dem Königl. Steuer-Amt Wirsitz zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen.

Die Pachtbedingungen können sowohl bei uns, als bei dem genannten Steuer-Amte von heute an während der Dienststunden eingesehen werden.

Bromberg, den 14. December 1848.

Königl. Haupt-Steuer-Amt.

Berliner Börse.

Den 21. December 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	—	$99\frac{1}{2}$
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$79\frac{3}{4}$	$79\frac{1}{4}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	$94\frac{1}{4}$
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$83\frac{3}{4}$	—
Grossh. Posener »	4	97	$96\frac{1}{2}$
» »	$3\frac{1}{2}$	—	81
Ostpreussische »	$3\frac{1}{2}$	$91\frac{3}{4}$	$90\frac{1}{4}$
Pommersche »	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{3}{4}$
Kur- u. Neumärk. »	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{3}{4}$
Schlesische »	$3\frac{1}{2}$	—	—
» v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	93	92
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13	$12\frac{1}{2}$
Disconto	—	—	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien, (voll. e)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	84	$83\frac{1}{2}$
» Prioritäts-	4	—	86
Berlin-Hamburger	4	—	$64\frac{1}{4}$
» Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	$92\frac{1}{2}$	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	$61\frac{1}{2}$
» » Prior. A. B.	4	—	83
» » »	5	—	91
Berlin-Stettiner	4	$89\frac{1}{2}$	$89\frac{1}{2}$
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	$80\frac{1}{2}$
» Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	92
Magdeburg-Halberstädter	4	—	115
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	$71\frac{1}{2}$
» Prioritäts-	4	85	—
» »	5	—	$96\frac{1}{4}$
» » III. Serie	5	—	92
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	—	$93\frac{1}{4}$
» » B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Rheinische	—	—	—
» Stamm-Prioritäts-	4	—	—
» Prioritäts-	4	—	—
» » v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	$50\frac{3}{4}$	50
Stargard-Posener	4	—	$70\frac{1}{4}$

(Mit einer Beilage.)

Inland.

♀ Posen, den 21. Decbr. Am vergangenen Sonntag hat sich in einer Versammlung auf dem Rathhause der hiesige Handwerker-Unterstützungs- und Rettungs-Verein constituirt und seinen Vorstand erwählt, zu dessen Ehrenmitglied der anwesende General v. Steinäcker einstimmig ernannt wurde. Dieser Verein verspricht um so segensreicher zu werden, da ein Theil der nicht geringen jährlichen Einnahme, einem Beschluß des Vorstandes gemäß, als eisernes Kapital angesammelt werden wird, aus welchem später ein Versorgungshaus als Asyl für alte verarmte Handwerker erbaut werden soll. In den nächsten Tagen wird die erste Einsammlung der Beiträge erfolgen und ist nur zu wünschen, daß noch recht viele Theilnehmen dem Institut beitreter.

Berlin, den 19. Dec. Holland steht im Begriff eine Heeresmacht von 30,000 Mann in Herzogenbusch in der Nähe der Französischen Grenze als Beobachtungscorps aufzustellen. Es sind dorther Anfragen an die hiesige Regierung gekommen, ob dieselbe nicht zu ähnlichen Schritten entschlossen sei. Es soll, gutem vernehmen nach, davon die Rede sein, in Jülich ein Lager aufzuschlagen und fernere Schritte nach dem abzumessen, was Frankreich dagegen thun wird. Es gäbe also jetzt einen neuen Grund für die Einberufung der Landwehr. Es läßt sich erwarten, daß die Regierung nichts versäumen, aber auch, daß sie in den Vorsichtsmaßregeln nicht zu weit gehen wird. Eine zu hochgespannte Defensive könnte selbst zur Offensive herausfordern. (N. Z.)

— Der Reichs Justizminister hat an die bei der westphälischen Staatsschuld betheiligten Regierungen ein Rundschreiben erlassen, welches folgende Punkte enthält: 1) Das Reichsministerium erklärt, daß die frühere Incompetenz-Erklärung des Bundestages, in Sachen der westphälischen Staatsgläubiger, durchaus alles Grundes entbehrt habe, daß der Bundestag competent gewesen sei und seine Competenz auf die Centralgewalt, resp. auf das demnächst ins Leben tretende Reichsgericht übergehe. 2) Das Ministerium fordert die Regierungen auf, sofort alle Verordnungen und Gesetze aufzuheben, welche den westphälischen Staatsgläubigern den Rechtsweg abschneiden. 3) Die Einsetzung eines gemeinschaftlichen Gerichts und einer gemeinschaftlichen Liquidations-Commission wird in Vorschlag gebracht. 4) Die Anerkennung der westphälischen Zwangsanleihe wird um so mehr gleich jetzt gefordert, als darüber die gerichtliche Entscheidung gar nicht zweifelhaft sein kann. 5) Die Regierungen werden aufgefordert, spätestens binnen 6 Wochen sich über obige Punkte zu erklären. Sollte diese Erklärung nicht befriedigend ausfallen, so wird die westphälische Staatsschuld jedenfalls eine der ersten Angelegenheiten sein, deren definitive Entscheidung dem demnächst zu installirenden Reichsgericht übertragen werden müsse.

— Die Verhältnisse in den Donaufürstenthümern ziehen neuerdings die Aufmerksamkeit der Politiker auf sich. Die Russification geht daselbst, von Oesterreich gebilligt, mit starken Schritten vorwärts. Nicht allein, daß im Allgemeinen die Censur eingeführt ist, und das Prohibitivsystem in dieser Beziehung auf das Strengste gehandhabt wird, unterliegt auch noch das Lesen der Zeitungen, wie der Bücher, einer Spezial Censur, indem die Buchhändler Listen halten müssen, worin die Namen Derer, welche Zeitungen lesen und Bücher kaufen, so wie, welche Zeitungen sie lesen, und welche Bücher sie kaufen, speziell aufgeführt werden. Und doch sind die irgend anstößigen Schriften gar nicht einmal zugelassen, und die anstößigen Zeitungsberichte schon schwarz überstrichen worden.

ρ Berlin, den 19. Decbr. Ich beeile mich, Ihnen mitzutheilen, daß das hiesige Central-Comité der Linken für die bevorstehenden Wahlen nunmehr seine Agenten ernannt und in die verschiedenen Provinzen abgesandt hat. Für Posen sind Bauer aus Krotoschin*) und Graf Cieszkowski diejenigen, welche die Leitung der Wahlen übernehmen sollen.

— Für das nächste Jahr stehen bedeutende Regulirungs-Arbeiten am Memelflusse in Aussicht, der ihrer für die Schiffbarkeit dringend bedarf.

CC Berlin, den 20. Dec. Die Geschicke fangen an, sich in Frankfurt zu vollenden. Heinrich von Gagern hat den Vorsitz im Rathe des Reichsverwesers übernommen und seinem Genius vertraut das Vaterland, daß er dem Sehnen unseres Volkes gerecht werde und das theure Werk Deutscher Einheit, Macht und Größe zu Ende führe. Verhehlen wir uns nicht die Schwierigkeiten, welche sich dieser Aufgabe entgegenstellen. An dem Ziele unserer Wünsche, an dem Vorabende des Friedens nach hundertjährigem Kampfe, an der Schwelle unseres Glücks nach langen unseligen Irrfahrten angelangt, gewinnt es den Anschein, als wollten Deutscher Hader, Deutsche Selbstsucht und Mangel an ächter Vaterlandsliebe und Aufopferungsfähigkeit für das Ganze und Allgemeine von Neuem ihr blasses Haupt erheben, als gelte es, ehe die Sonne der Freiheit über Deutschlands Fluren heraufzieht, die Gespenster des Bruderzwistes noch einmal zu wilden Orgien zu versammeln. In Kremsier erklärte vor einigen Tagen das Ministerium Schwarzenberg-Stadion, man habe beschlossen, an der Donau den Deutschen Einheitsbestrebungen gegenüber eine abwartende Stellung einzunehmen. Erst, wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt seien, werde es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen; bis dahin werde Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten treulichst zu erfüllen. Man konnte erwarten, daß nach einer so offnen und freimüthigen Erklärung die Oesterreichische Regierung ihre Hand von der Wiedergeburt Deutschlands zurückziehen und es in ihrem eigenen Interesse finden würde, wenn Deutschland selbstständig ordnete und mit kühnem Entschlusse zu dem Ziele führte, welches uns die Rücksichten auf unseres Vaterlandes Macht und Sicherheit und innere Nothwendigkeit vorschreibt. Statt dessen hören wir von Conferenzen, die zu Olmütz gepflogen werden, und welche zum Zwecke haben, der Mißstimmung, welche sich von gewisser Sette her gegen eine Preußische Hegemonie geltend macht, eine bestimmte Richtung zu geben. Wie es heißt, ist man auch an der Isar diesen Conferenzen nicht fremd und es würden deshalb die Besorgnisse gegründet sein, welche gegen das Erwachen dynastischer Interessen in einer Frage, wo nur die Wohlfahrt unseres Volkes entscheiden sollte, laut geworden sind. Dem kühnen Steurer im Rathe des Reichsverwesers müssen wir vertrauen, daß er, gestützt auf den Willen des Deutschen Volkes, unpatriotische Selbstsucht, von welcher Seite sie auch sich geltend mache, zurückdränge, und das ersehnte Einheitswerk zum Heile des Vaterlandes vollende.

*) Ist bereits in Posen angelangt.

Frankfurt, den 18. Dezbr. Die österreichischen Abgeordneten zur deutschen Reichsversammlung sind zum größten Theil aus den verschiedenen Parlamentsklubs, denen sie bisher angehörten, ausgetreten, um sich zu einer rein österreichisch-landsmannschaftlichen Partei im Hotel Schröter um v. Schmerling zu vereinigen. Diese Fraktion soll bereits 74 Mitglieder zählen. Vom Kaiserl. österreichischen Kabinete ist gestern eine Zuschrift an das Reichsministerium eingegangen. Sie enthält die Erklärung, daß das österreichische Ministerium seine ferneren Beziehungen mit der deutschen Centralgewalt durch sein Ministerium des Auswärtigen fortsetzen werde.

Christfest.

„Ein jeder Vater lenkt
Den Sinn auf seine Kinder;
Die Mutter sie beschenkt,
Denkt sonst nichts mehr noch minder:
An's fremde Niemand denkt!
Rückert."

Wie der Dichter sagt, so ist's die Regel; wohl giebt's auch schöne Ausnahmen, doch sie sind nicht allzuhäufig, und so mag es leicht geschehen, daß gar manches Haus, in schneidendem Contraste, das christlichste der Feste ohne Sinn und Mitgefühl für fremde Noth und Freude, also auf's unchristlichste begeht. Freuen wir uns darum doppelt, daß heut auch in unserer Stadt, nach dem Vorgange und Muster so vieler größeren, Gelegenheit geboten werden soll, der fremden Kindlein in Liebe zu gedenken. Heute Nachmittag um 4 Uhr wird für die armen Knaben im christlichen Waisenhause (Eingangspforte in der neuen Straße) der Christbaum angezündet und der Veranstalter dieses schönen Festes, Hr. Stadtrath Major Kniffka, hat uns versichert, daß es ihm eine hohe Freude sein würde, wenn bei dem Akte recht viele von unseren Mitbürgern aller Konfessionen als theilnehmende Kinderfreunde sich einfinden wollten. Fest überzeugt, daß diese Einladung überall gern gehört und gern benutzt werden wird, erschien es uns als angenehme Pflicht, dieselbe zur Kenntniß des größeren Publikums zu bringen.

Berlin. — Auf einer bekannten hiesigen Wirthstafel fand neuerlichst einer der Kellner ein goldenes Etui mit Zahnstocher und bat nächsten Tages vor den versammelten Gästen den ihm unbekannten Eigenthümer sich zu melden; er hatte sich von ihm nur gemerkt, daß es ein bejahrter Herr mit grauen Haaren gewesen. Nach viermaliger Aufforderung meldete ein eleganter junger Gast mit schwarzem Lockenhaupte ein Eigenthumsrecht an; der überraschte Kellner bot das Etui hin, setzte aber, schnell besonnen, halblaut hinzu, es sei gar nicht nöthig gewesen, dies Pfand für etliche Thaler und so viel Groschen Zeche zurück zu lassen, da er recht gern kreditirt haben würde. Der Elegante wurde stark roth, rückte auf dem Stuhle und zahlte zögernd, indessen einige Gäste lächelten. Anderen Tages aber hat sich der alte Herr und wahre Eigenthümer kund gethan, welchem der Kellner triumphirend das Geschäftchen erzählte, und von etwa der Hälfte des Betrages ein anderes Etui besorgte, den Rest fröhlich im Sacke behaltend.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 24. December c. werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Vm.: Hr. Ober-Pred. Hertwig. — Nm.: Hr. Pred. Friedrich.
Den 25 Dec. Vm.: Derselbe — Nm.: Hr. Hülfspred. Schönborn.
Den 26. Dec. Vm.: Hr. Pred. Friedrich. — Nm.: Hr. Ober-Pred. Hertwig.

Ev. Petrikirche. Vm.: Hr. Cand. Wenig.
Den 25. Dec. Vm.: Hr. Consist.-Rath Dr. Siedler. (Abendmahl.)
Den 26. Dec. Vm.: Derselbe.

Garnisonkirche. Vm.: Hr. Militair-Ober-Pred. Niese.
Den 25. Dec. Vm.: Hr. Div.-Pred. Bork.
Den 26. Dec. Vm.: Hr. Div.-Pred Simon.

Christkathol Gemeinde. Nm.: Herr Pred. Post.
Den 25. Dec. } Den 26. Dec. } Vor- und Nachm.: Hr. Pred. Post. (Abendmahl)

Ev. luth. Gemeinde. Den 25. Dec. Vor- u. Nm.: Hr. Pastor Dr. Francke.
Den 26. Dec. Vm.: Derselbe.

In den Parochieen der genannten Kirchen sind in der Woche vom 14. bis 21. December Geboren: 7 männl., 4 weibl. Geschl. Gestorben: 27 männl., 10 weibl. Geschl.

Marktbericht. Posen, den 22. December.

(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 18 Sgr. 11 Pf., auch 1 Rthlr. 27 Sgr. 9 Pf.; Roggen — Rtlr. 26 Sgr. 8 Pf., auch 1 Rtlr. — Sgr. — Pf.; Gerste 22 Sgr. 3 Pf. auch — Rtl 26 Sgr. 8 Pf.; Hafer 13 Sgr. 4 Pf., auch 15 Sgr. 7 Pf.; Buchweizen — Rtlr. 20 Sgr — Pf, auch — Rtlr. 22 Sgr. 3 Pf.; Erbsen — Rtlr. 26 Sgr. 8 Pf., auch 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf.; Kartoffeln 8 Sgr. — Pf., auch 9 Sgr. — Pf.; Heu zu 110 Pfd. 17 Sgr. 6 Pf. auch 22 Sgr.; Stroh, das Schock 4 Rthlr. — Sgr., auch 4 Rtl. 10 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rtlr. 15 Sgr., auch 1 Rthlr. 25 Sgr.

Posen, den 22. Dec. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80 0/0 Tralles $11\frac{5}{6}$ Rthlr. — 12 Rthlr.

Bekanntmachung.

Das Publikum wird hiermit benachrichtigt, daß am Sonnabend den 23. d .M. Vormittags von 10 bis 12 Uhr, die äußere Straße um das Glacis des Forts Winiary vom Kirchhofsthore bis nach dem Schillingsthore herum, wegen anzustellender Versuche mit Wurfgeschützen gesperrt wird.

Posen, den 20. Dec. 1848.

Königl. Kommandantur. Königl. Polizei-Direktorium.

Bekanntmachung.

Auf Grund der durch das Amtsblatt Nr. 25. pro 1825 publicirten Ersatzinstruktion vom 13. April 1825 werden sämmtliche junge Leute, welche in dem Zeitraume vom 1. Januar 1825 bis ultimo Dezember 1829 geboren sind; ingleichen diejenigen, welche dieses Alter überschritten, sich jedoch nicht regelmäßig vor die Ersatzkommission gestellt, daher über ihr Militairverhältniß noch keine bestimmte Entscheidung erhalten, im hiesigen Orte aber ihren Wohnsitz haben, oder sich hier als Gehülfen, Gesellen oder Lehrburschen, oder in einem sonstigen Verhältnisse sich befinden, hiermit aufgefordert, sich Behufs ihrer Aufnahme in die Militairaushebungslisten, sofort und spätestens bis zum 10. Januar 1849 bei den betreffenden Revierkommissarien, unter Vorlegung der Geburtsscheine, sowie der Loosungsscheine oder sonstigen über ihre Militairverhältnisse sprechende Papiere, persönlich zu melden, für diejenigen jungen Leute, die hier geboren sind, oder ihr Domicil hier haben, zur Zeit sich aber abwesend befinden, sind die Eltern oder Vormünder verpflichtet, die Anmeldung zu bewirken. Alle diejenigen, welche dieser Aufforderung nicht ohne allen Verzug genügen, oder hinsichts deren die Anmeldung ihrer Angehörigen unterbleibt und die hiernächst die unterlassene Anmeldung nicht hinreichend zu entschuldigen vermögen, werden ohne Rücksicht auf Reklamationsgründe vorzugsweise zum Militairdienst herangezogen, und falls sie untauglich befunden mit Arrest bestraft. Hierbei wird sogleich die Bestimmung in Betreff der, bei den Kreisersatzkommissionen unter Beifügung der erforderlichen Beweismittel anzubringenden Reklamationen (Amtsblatt pro 1832 Nr. 28. Seite 249, sowie Amtsblatt pro 1844 Nr. 20. Seite 167) mit dem Bemerken in Erinnerung gebracht, daß dergleichen Gesuche, wenn sie nicht vor Beginn oder während der Geschäfte der Kreisersatzkommission, und zwar spätestens bis zum 15. Januar 1849 zur Prüfung vorgetragen werden, nach Ablauf dieses Termins gänzlich unberücksichtigt bleiben müssen. Diese Aufforderung ergeht mit allen Folgen übrigens auch an die Individuen jüdischen Glaubens, welche in Jahre 1826, 1827, 1828 und 1829 geboren sind.

Posen, den 12. Dezember 1848.

Königliches Polizei-Direktorium.

Gerber- und Büttelstraßen-Ecke ist eine Parterre-Wohnung, die sich zur Restauration oder Konditorei sehr gut eignet, vom 1sten April 1849, so wie im 2ten Stock eine Familienwohnung (sofort zu beziehen) zu vermiethen.

Näheres beim Wirth, Gerberstraße No. 19.

Ich wohne jetzt **Büttelstraße No. 5.**

Mönnich, Zahnarzt.

Ein kleiner gußeiserner Ansetz-Ofen mit Röhre ist zu verkaufen Friedrichstraße No. 23. erste Etage.

Odeum.

Dienstag, den 26 December

am 2ten Weihnachtstage:

Erste große Redoute

mit und ohne Maske. Anfang 8 Uhr Abends.

Entré für Herren 10 Sgr., Damen frei. — Für ein brillantes Arrangement wird bestens gesorgt und ladet ergebenst ein J. Lambert.

Im Eisenbahnhofe

Montag den 25sten und Dienstag den 26sten c.:

an den beiden Weihnachtsfeiertagen:

Großes Salon-Konzert.

Anfang präcis 3 Uhr.

Das Nähere d. d. Anschlagezettel. Bornhagen.



Stargard-Posener-Eisenbahn.

A. Aenderung des Fahrplans und
B. des Betriebs-Reglements und Tarifs,
Beides vom 1. Januar 1849 an.

A. Abgang des 1. Zuges von Stettin jetzt 11 Uhr 20 Minuten künftig 12 Uhr 10 Minuten
und " 2. " " " " 4 " 45 " " 5 "
Abgang des 1. Zuges von Posen " 9 " 44 " " 9 " 39 "
" " 2. " " " " 4 " 4 " " 3 " 34 "

und dem entsprechende, bei ersten beiden spätere und bei letzten beiden frühere Abfahrt von den Zwischen- und Ankunft auf den Endstationen.

Die zum 1. Januar auf den Bahnhöfen und für das Publikum vorhandenen Fahrpläne werden das Genauere ergeben.

B. 1) Verwiegung statt bisher nach Handels- künftig nach Zollgewicht und Anwendung der Frachtsätze pro Pfd. und Ctr. auf letzteres.

2) Direkte Güterbeförderung von Posen, Woldenberg und Stargardt nach Berlin, — auch nach allen Stationsorten deutscher Vereinsbahnen z. B. Hamburg, Magdeburg, Köln, Leipzig.

3) Tarif-Aenderungen.

a) Hering und Farbeholz in die niedrige Ausnahme-Klasse versetzt,

b) Erhöhung des Frachtsatzes der Normal- oder Mittelklasse, von durchschnittlich $4\frac{4}{9}$ Pfennige auf genau 5 Pfennige pro Meile und Ctr.

c) der höheren Ausnahmeklasse, von jetzt durchschnittlich $6\frac{2}{3}$ Pfennige auf genau 8 Pfennige,

d) der Wolle auf 10 Pfennige,

e) daß die auf einen Frachtbrief zu erhebende Fracht selbst (nicht Nachnahme rc.) mit ganzen Groschen abgerundet wird, so daß Beträge unter $\frac{1}{2}$ Groschen gar nicht, von $\frac{1}{2}$ Groschen an, für Einen Groschen gerechnet werden.

f) daß für Beförderung in Wagenladungen die zuläßige Belastung des 4, 6 und 8rädrigen Wagens auf 75, 115 und 160 Zollcentner erhöht wird.

g) daß für jeden Ctr., ob die ganze Bahn, oder nur eine oder einige Stationen durchlaufend, außer der bestimmten Fracht nach $\frac{1}{2}$ Groschen für Expedition, erste Lagerung und etwaige Verwiegung entnommen wird.

h) daß wie bisher zwei Kinder bis 10 Jahren auf ein Billet fahren, ein Kind aber nicht auf ein Halbbillet, sondern in 1. Klasse auf ein Billet 2ter, in 2ter Klasse auf ein Billet 3ter Klasse und in 3ter Klasse ein Erwachsener und ein Kind auf ein Billet 2ter Klasse fährt.

Besondere Abdrücke dieser und einiger nicht wesentlicher Aenderungen unseres Betriebs-Reglements und des allgemeinen Güter-Tarifs können die Besitzer dieses Reglements gegen dessen Vorzeigung möglichst zum 1. oder doch Anfangs Januar auf unseren Bahnhöfen unentgeldlich entgegen nehmen; auch sind sodann daselbst gegen eine geringe Vergütigung besondere Tabellen der Frachtberechnung jeder einzelnen Station nach allen übrigen unserer Bahn von $\frac{1}{2}$ bis 50 Ctr. sowie, — vielleicht erst etwas später, weil wir solche von auswärts erwarten müssen, — die Frachttarife von Posen, Woldenberg und Stargard nach allen Vereinsbahnen zu erhalten.

Stettin, den 14. December 1848.

Directorium der Stargard-Posener-Eisenbahn-Gesellschaft.

Masche. Fraissinet. Pitzschky.

Preußische Renten-Versicherungs-Anstalt.

Bekanntmachung.

Die unterzeichnete Direktion bringt hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß in den Monaten Januar und Februar 1849 die Zahlung der für das Jahr 1848 fälligen Renten von den vollständigen Einlagen der Jahres-Gesellschaften 1839 bis einschließlich 1847 sowohl hier, bei unserer Haupt-Kasse (Mohrenstraße No. 59.), als bei den sämmtlichen Agenturen nach Bestimmung des §. 26 der Statuten stattfinden wird.

Die fälligen Renten-Coupons sind mit dem im §. 27. der Statuten vorgeschriebenen Lebensatteste zu versehen, und wird in dieser Beziehung noch bemerkt, daß, wer mehrere Coupons für Eine Person zu gleicher Zeit abhebt, auch nur Ein Lebensattest beizubringen nöthig hat, und daß dergleichen Atteste von jeder Person, die ein öffentliches Siegel führt, — unter Beidrückung desselben und dem Vermerk des Amts-Charakters, — ausgestellt werden können.

Die Renten betragen:

von der Jahres-Gesellschaft	in Klasse I.			II.			III.			IV.			V.			VI.		
	Rtlr.	sgr.	pf.	Rtlr.	sgr.	pf.	Rtlr.	sgr.	pf.	Rtlr.	sgr.	pf.	Rtlr.	sgr.	pf.	Rtlr.	sgr.	pf.
1839.	3	16	6	3	27	6	4	10	—	4	22	6	5	7	—	6	28	6
1840.	3	11	—	3	23	—	4	4	—	4	15	—	4	28	—	6	16	6
1841.	3	13	—	3	21	—	4	2	6	4	13	—	4	24	6	6	14	—
1842.	3	13	6	3	24	6	4	4	6	4	15	—	4	27	—	5	27	6
1843.	3	16	6	3	25	6	4	5	6	4	19	—	5	11	—	6	17	6
1844.	3	7	—	3	14	—	3	20	6	4	2	—	4	19	6	—	—	—
1845.	3	6	—	3	13	6	3	22	—	4	3	—	4	19	6	—	—	—
1846.	3	4	6	3	12	—	3	21	6	4	2	6	4	19	6	—	—	—
1847.	3	—	—	3	10	—	3	20	—	4	—	—	4	10	—	—	—	—

In Betreff der früher schon fällig gewesenen, aber noch nicht abgehobenen Renten wird der §. 28. der Statuten in Erinnerung gebracht, nach welchem jede baar zu erhebende Rente verjährt, wenn solche nicht binnen 4 Jahren nach der Fälligkeit abgehoben worden ist. Berlin, den 5. December 1848.

Direktion der Preußischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

Nur für Damen.

So eben empfing ich direct eine neue Sendung der so schnell vergriffenen seidenen Mäntel, und empfehle solche in den schwersten französischen Seidenstoffen nach den neuesten diesjährigen so beliebten Façons à la Amalia von 10 bis 20 und 40 Rthlr., wollene Mäntel und Casimir-Visites um Rückfracht zu ersparen, zu sehr billigen Preisen.

Friedrichsstraße No. 14. Albert Daniel aus Berlin und Frankfurt a. d. O.